



Bundesrat will im Zollstreit mit den USA weiterverhandeln

Adrian Schmid und Mischa Aebi

Gerichtsurteil löst Probleme nicht 10 oder 15 Prozent Strafzölle für die Schweiz? US-Präsident Donald Trump sorgt für grosse Konfusion. Derweil rechnen Experten schon bald mit dem nächsten Zollhammer.

Für den Bundesrat ändert die neue Situation nichts: Obwohl das Oberste Gericht der USA Trumps Strafzölle kassiert hat, strebt die Landesregierung weiterhin ein Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten an. Die Verhandlungen, die kürzlich mit einer ersten Runde in Bern starteten, sollen weitergehen.

Das Wirtschaftsdepartement von Bundespräsident Guy Parmelin schreibt auf Anfrage, dass die Folgen eines solchen Gerichtsurteils bereits bei der Konsultation des Verhandlungsmandats im Dezember erörtert wurden. Weder die Aussenpolitischen Kommissionen des Parlaments noch die Kantone hätten einen Abbruch der Verhandlungen bei einem entsprechenden Entscheid des Supreme Court gefordert. Deshalb stütze man sich «weiterhin auf die Vorgaben und den Auftrag des Mandats».

Kommission stimmt gegen eine Abbruch

Allerdings war ein Verhandlungsabbruch im Falle eines negativen Entscheids bei der Konsultation im Parlament sehr wohl ein Thema. Linke hatten einen solchen verlangt, fanden in der Kommission jedoch keine Mehrheit. Nach Bekanntwerden des Urteils wiederholten SP und Grüne am Freitag ihre Forderung. Alles andere als ein Abbruch der Verhandlungen «wäre erneut ein Eingeständnis für die Schweiz», schrieb Grünen-Präsidentin Lisa Mazzoni auf Bluesky.

Die Schweiz werde «selbstverständlich» bei den Verhand-

lungen die laufenden Entwicklungen berücksichtigen, schreibt das Wirtschaftsdepartement. Das Hauptziel sei schon von Beginn weg ein rechtsverbindliches Abkommen gewesen, das den Schweizer Unternehmen «grösstmögliche Rechtssicherheit geben soll». Dies wolle man «unabhängig der rechtlichen und politischen Entwicklungen in den USA» erreichen.

Neue Strafzölle bereits im Sommer?

Dazu kommt: Die Strafzölle bleiben – trotz Urteil. Trump hat am Freitag rasch eine neue Grundlage gefunden und eine Anordnung unterschrieben, um während 150 Tagen weltweit einen zusätzlichen Zoll von 10 Prozent auf Importe in die USA zu verhängen. Dabei sah er Ausnahmen vor, etwa bei Arzneimitteln. Der Plan hatte allerdings nicht lange Bestand. Bereits am späten Samstagnachmittag Schweizer Zeit verkündete Trump auf der Plattform Truth Social, dass der Zollsatz jetzt gar 15 Prozent betragen werde.

Das sorgt hierzulande für Konfusion. Was gilt jetzt für Schweizer Exporte in die USA? 10 Prozent? Wie bisher 15 Prozent? Oder vielleicht sogar die Summe von beidem, also 25 Prozent? Eine abschliessende Klärung war am Samstag aufgrund der sich überschlagenden Ereignisse nicht möglich.

«Der Bundesrat lässt zurzeit die weiteren Entwicklungen und konkreten Auswirkungen analysieren und kommuniziert über

allfällige Entscheidungen zu gegebener Zeit», teilte das Wirtschaftsdepartement mit. Hinsichtlich der konkreten Anwendung durch die US-Zollbehörden sei «derzeit noch einiges unklar». Insgesamt dürfte die Zollbelastung aber «in einem vergleichbaren Rahmen bleiben».

Ähnlich sieht es Rahul Sahgal, Chef der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer. Er glaubt, dass die Auswirkungen auf die Schweiz trotz Gerichtsurteil «minim» sind. «Ich gehe nicht davon aus, dass die Trump-Administration bei den Zöllen eine Kehrtwende machen wird.»

Der US-Handelsbeauftragte Jamieson Greer hat schon am Freitag erklärt, dass sein Amt mehrere neue Untersuchungen nach Abschnitt 301 des Trade Act einleiten werde. Demnach könnten die USA Zölle mit diskriminierenden Handelspraktiken anderer Länder begründen.

«Im schlechtesten Fall», sagt Sahgal, könnte die Schweiz nach Ablauf der 150 Tage mit neu-

en Strafzöllen belangt werden. Unter der gleichen Prämisse hat Trump bereits Waren aus China mit Strafzöllen von 50 Prozent belegt. «Das gilt es unbedingt zu verhindern.» Deshalb müsse die Schweiz weiterverhandeln und einen Deal finden.

Parlamentarier reisen nach Washington

FDP-Nationalrat und Unternehmer Simon Michel ist ebenfalls der Ansicht, dass das Zollproblem für die Schweiz «noch lan-

ge nicht ausgestanden ist». US-Präsident Trump habe noch etliche Pfeile im Köcher. «Wichtig ist jetzt, dass die Wirtschaft solidarisch zusammensteht und dafür sorgt, dass nicht einzelne Branchen mit hohen Zöllen abgestraft werden.» Allerdings sagt Michel, dass es jetzt «nicht mehr sinnvoll ist», einen bilateralen Zolldeal mit 15 Prozent zu unterzeichnen. «Der Bundesrat soll am Verhandlungstisch bleiben und abwarten, mit was das Team Trump jetzt kommt.»

Ein Abbruch der Verhandlungen wäre «unverantwortlich», sagt auch Mitte-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. «Wir müssen einen kühlen Kopf bewahren und das Beste herausholen.» Auch andere Bürgerliche unterstützen den Kurs des Bundesrats. FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann weist darauf hin, dass die Schweiz seit 20 Jahren versuche, ein Handelsabkommen mit den USA zu bekommen. «Uns bietet sich nach wie vor eine grosse Chance.» Und SVP-Nationalrat Franz Grütter ist überzeugt, dass «unsere Leute

nach dem Urteil einen besseren Zolldeal herausholen können».

Am Montag fliegt eine Delegation des Parlaments nach Washington. Die Reise war schon länger geplant. Nach dem Gerichtsurteil schreibt die Parlamentariergruppe unter der Leitung von FDP-Ständerat Damian Müller in einer Mitteilung nun, dass dem Austausch in diesem «volatilen Kontext» eine «wich-

SonntagsZeitung

8021 Zürich

044/ 248 41 11

<https://www.tagesanzeiger.ch/sonntagszeitung>

Medienart: Print

Medientyp: Tages- und Wochenmedien

Auflage: 102'663

Erscheinungsweise: wöchentlich



Seite: 11

Fläche: 116'600 mm²

Auftrag: 3009561

Themen-Nr.: 272002

Referenz:

aeba2400-7d84-4a4a-ab5b-269673f5573f

Ausschnitt Seite: 2/2

tige Rolle zukommt». Die Lage bleibe rechtlich und handelspolitisch «insgesamt dynamisch» und werfe für die Schweiz zahlreiche Fragen auf.

Die Schweizer Politiker werden in den USA nicht nur Mitglieder des Kongresses treffen, sondern auch Vertreter von Schweizer Unternehmen sowie Mitarbeitende des Handelsbeauftragten Greer.

Hayek: Zollproblem wird

«überschätzt»

Swatch-Chef Nick Hayek hingegen findet, dass der Zollstreit «überschätzt» werde. «Das grosse Problem für die Schweizer Exportwirtschaft ist der starke Franken. Das ist die viel grössere Bedrohung», sagt er. Seit Tagen greift er die Nationalbank frontal an, weil sie aus seiner Sicht zu passiv bleibt. Die SNB tue nichts gegen den «extrem überbewerteten» Franken, kritisiert Hayek – offenbar auch aus Rücksicht auf die USA

und laufende Handelskonflikte. Leidtragende seien die Schweizer Industrie und ihre Arbeitsplätze. Ob Swatch die nun für illegal erklärten Zölle zurückfordern könne, liess Nick Hayek offen.



Bundespräsident Guy Parmelin muss erst analysieren, was US-Präsident Donald Trump in Sachen Zöllen plant. Am WEF haben sie sich getroffen.
Foto: AFP

«Wichtig ist jetzt, dass die Wirtschaft solidarisch zusammensteht.»

Simon Michel

FDP-Nationalrat und Unternehmer